

Forderungen der Volkssolidarität zur Bundestagswahl 2021

Mit Solidarität zu mehr
sozialer Gerechtigkeit



09

2021



Mit Solidarität zu mehr sozialer Gerechtigkeit

Zentrale Forderungen der Volkssolidarität zur Bundestagswahl

Die Volkssolidarität ist ein starker Sozial- und Wohlfahrtsverband mit rund 140.000 Mitgliedern und etwa 19.000 Beschäftigten. Als deren Sprachrohr erheben wir unsere Stimme für mehr soziale Gerechtigkeit und gegen die zunehmende Spaltung der Gesellschaft. Die Volkssolidarität versteht sich als Gemeinschaft von Menschen für Menschen aller Generationen, unabhängig von ihrer Herkunft sowie ihrer nationalen und religiösen Zugehörigkeit. Der Verband bekennt

sich zu Frieden, Solidarität, Antifaschismus, Humanismus und Demokratie, die seine grundlegenden Werte darstellen.

Die Volkssolidarität bringt sich mit ihren Positionen unter dem Titel „Mit Solidarität zu mehr sozialer Gerechtigkeit“ in die politische und gesellschaftliche Debatte vor der Bundestagswahl am 26. September 2021 ein. Sie hat darin ihre Vorstellungen für die Politik der kommenden Legislaturperiode formuliert.

Unsere Forderungen



Reichtum verteilen und Sozialstaat stärken



Demokratie stärken – Beteiligung fördern



In Würde altern – für eine Rente, die den Lebensstandard sichert



Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West



Menschenwürdige Grundsicherung und existenzsichernde Arbeit



Daseinsvorsorge für Kinder, Jugendliche und Familien flächendeckend sichern



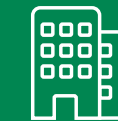
Gesundheit und Pflege solidarisch sichern



Tarifvertrag in der Altenpflege



Kindergrundsicherung als Grundpfeiler von Armutsprävention



Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit

Weitere Informationen finden Sie auch in unseren Sozialpolitischen Positionen:

[↓ DOWNLOAD](#)

Langfassung der Grundpositionen

Die Volkssolidarität ist ein starker Sozial- und Wohlfahrtsverband mit rund 140.000 Mitgliedern und etwa 19.000 Beschäftigten. Als deren Sprachrohr erheben wir unsere Stimme für mehr soziale Gerechtigkeit und gegen die zunehmende Spaltung der Gesellschaft. Unser Verband hat eine lange Tradition des sozialen Engagements für ältere Menschen, chronisch Kranke, Pflegebedürftige, sozial Benachteiligte, Geflüchtete sowie für Kinder, Jugendliche und deren Familien. Die Volkssolidarität versteht sich als Gemeinschaft von Menschen für Menschen aller Generationen, unabhängig von ihrer Herkunft sowie ihrer nationalen und religiösen Zugehörigkeit. Der Verband bekennt sich zu Frieden, Solidarität, Antifaschismus, Humanismus und Demokratie, die seine grundlegenden Werte darstellen.

Die Bundesregierung steht in der Verantwortung, Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben zu schaffen und soziale Konflikte zu vermeiden. Die Politik muss aktiv werden gegen die zunehmende gesellschaftliche Spaltung in Arm und Reich – die sich aktuell durch

die Corona-Pandemie und insbesondere durch deren Langzeitwirkung noch weiter zuspitzt: gegen die anhaltend hohe Kinderarmut, weiterwachsende Altersarmut, gegen Pflegenotstand sowie für eine menschenwürdige Grundsicherung, für eine Anerkennung von Erziehungs-, Pflege- und Lebensleistungen und die Sicherstellung einer generationenübergreifenden Daseinsvorsorge auch in ländlichen Räumen. Erste Untersuchungen belegen, dass die Corona-Pandemie die soziale Ungleichheit noch einmal deutlich verschärft. Menschen mit niedrigem Einkommen sind im bisherigen Verlauf der Krise fast doppelt so häufig von Einbußen betroffen wie Menschen mit hohem Einkommen. Da bedeutsame Teile der sozialen Infrastruktur weggebrochen oder im Zuge der Lockdowns nicht mehr zugänglich sind, trifft die Krise diejenigen besonders hart, die sich schon vor ihrem Beginn in einer Notlage befanden. Für die Volkssolidarität steht fest, dass die richtige Antwort auf die Krise ein deutlicher Ausbau des Sozialstaates ist, also eine Stärkung der sozialen Sicherungssysteme und eine Erhöhung öffentlicher

Investitionen in eine soziale und ökologische Infrastruktur.

Die Volkssolidarität unterstützt deshalb alle Bestrebungen und Aktivitäten, die auf mehr soziale Gerechtigkeit, die Sicherung der Daseinsvorsorge und die Bekämpfung aller Formen von Armut gerichtet sind. Mit den folgenden Positionen nehmen wir Stellung zu den für uns wichtigsten sozialpolitischen Fragen und gesellschaftlichen Problemlagen.



Reichtum verteilen – Sozialstaat stärken

Die Volkssolidarität setzt sich dafür ein, die Politik der Umverteilung von unten nach oben zu beenden. Der Sozialstaat muss – besonders vor dem Hintergrund der Pandemie und deren langfristigen Wirkungen auf das Gemeinwesen – seiner Verantwortung gerecht werden, allen Menschen gleiche Chancen zu eröffnen und der gesellschaftlichen Spaltung entgegenzuwirken. Jahrelange Kürzungspolitik beziehungsweise fehlende Investitionen in Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge und der sozialen Infrastruktur haben die soziale Ungleichheit verschärft und verfestigt. Eine gerechte Steuerpolitik

ist der Schlüssel zu einem auf das Gemeinwohl ausgerichteten Sozialstaat. Große Vermögen und hohe Einkommen müssen stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt werden.



Menschenwürdige Grundsicherung und existenzsichernde Arbeit

Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen keine Arbeit finden oder nicht erwerbstätig sein können, müssen das Recht auf eine Grundsicherung haben, die ein menschenwürdiges Leben ermöglicht und soziale Ausgrenzung verhindert. Die derzeitige Berechnungsgrundlage bildet die tatsächlichen Bedarfe der Menschen nicht ab. Die Regelsätze der Grundsicherung müssen so angehoben werden, dass sie deutlich über der Armutsgrenze liegen und die Grundsicherung ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe garantiert. Die Volkssolidarität fordert die bedarfsgerechte Anhebung der Regelsätze auf mindestens 600 Euro.

Auch für existenzsichernde Arbeit und angemessene Erwerbseinkommen setzt sich die Volkssolidarität ein. In diesem Sinne muss der gesetzliche Mindestlohn so

weiterentwickelt werden, dass er in absehbarer Zeit für langjährig Vollzeitbeschäftigte eine strukturell armutsfeste Rente ermöglicht. Ferner gilt es, die Tarifbindung im gesamten Bundesgebiet zu stärken und somit dafür zu sorgen, dass mehr Beschäftigte als bisher von allgemeinverbindlichen Tarifverträgen profitieren.



In Würde altern – für eine Rente, die den Lebensstandard sichert

Die Volkssolidarität setzt sich dafür ein, den im Arbeitsleben erworbenen Lebensstandard auch im Alter abzusichern. Der „wohlverdiente Ruhestand“ darf nicht mit einer Rente einhergehen, die den sozialen Abstieg oder sogar ein Leben in Armut nach sich zieht. Die gesetzliche Rente muss wieder als zentrale Säule der Alterssicherung gestärkt werden. Moderate Anhebungen des Beitragssatzes und der Beitragsbemessungsgrenze sowie mehr Mitglieder in der gesetzlichen Rentenversicherung führen zu mehr sozialer Gerechtigkeit im Rentensystem. Wir fordern deutliche Verbesserungen der Alterssicherung von Erwerbsgeminderten, Niedrigverdienenden und Langzeitarbeitslosen. Die Erwerbsmin-

derungsrenten müssen erhöht und die Abschläge gestrichen werden. Die Gefahr von Altersarmut bei Niedrigverdienenden ist durch eine Entfristung der Rente nach Mindestentgeltpunkten abzufangen. Es bleibt weiter unser Ziel, für die vor 1992 geborenen Kinder auch den dritten Entgeltpunkt zu gewähren. Wir fordern, künftig auch für Rentner*innen bei der Pflege von Angehörigen einen zusätzlichen Rentenanspruch zu gewähren.

Aus Sicht der Volkssolidarität ist die Stärkung der gesetzlichen Rente das wirksamste, krisensicherste und gerechteste Mittel gegen Altersarmut. Das Absinken des Rentenniveaus hält der Verband für den falschen Weg, um den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen. Die Volkssolidarität spricht sich dafür aus, das Rentenniveau schrittweise anzuheben und längerfristig bei 53 Prozent festzuschreiben. Die Kürzungsfaktoren in der Rentenanpassungsformel sind zu streichen, damit die Lohndynamik der Rentenanpassungen wiederhergestellt wird. Um die gesetzliche Rentenversicherung besser für zukünftige Herausforderungen zu wappnen, muss sie sich zu einer Erwerbstätigenversicherung weiterentwickeln.



Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West

Die Volkssolidarität setzt sich dafür ein, die immer noch bestehende Ungleichheit in den Lebensverhältnissen zwischen Ost und West schneller abzubauen. Eine anhaltende Vernachlässigung der im Grundgesetz verankerten Pflicht zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist für uns nicht hinnehmbar. Nötig ist eine gezielte Strukturpolitik, damit die Regionen Entwicklungschancen erhalten und hohe Erwerbslosigkeit, niedrigere Löhne und regionale Abwanderung gestoppt werden. Die Volkssolidarität unterstützt angesichts des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels Bemühungen, den ländlichen Raum zu stärken.

Aufgrund des auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch signifikant niedrigeren Lohnniveaus in den neuen Bundesländern spricht sich die Volkssolidarität dafür aus, die Abschmelzung des Umrechnungsfaktors von der Angleichung des aktuellen Rentenwerts Ost an den aktuellen Rentenwert zu entkoppeln und erst im Jahr 2030 abzuschließen. Zusatz- und Sondersversorgungssysteme der

DDR blieben bei der Eingliederung in die gesetzliche Rente nach der Wiedervereinigung unberücksichtigt. Die Volkssolidarität fordert, diese rentenrechtlichen Fehler im Einigungsvertrag zu korrigieren und somit zu gewährleisten, dass auch diese Gruppen eine angemessene Anerkennung ihrer Lebensleistung erfahren.



Kindergrundsicherung als Grundpfeiler für die Armutsprävention

Die Volkssolidarität setzt sich dafür ein, dass alle Kinder die gleichen Zugangsmöglichkeiten zu Bildung, zu einem gesunden Aufwachen sowie zur Beteiligung am sozialen und kulturellen Leben haben. Es muss alles dafür getan werden, dass kein Kind in Deutschland in Armut aufwächst. Zudem muss die unsolidarische steuerliche Ungleichbehandlung von Kindern mit und ohne Grundsicherung endlich ein Ende haben.

Die Volkssolidarität fordert deshalb gemeinsam mit dem Bündnis Kindergrundsicherung die Einführung einer sozial gerechten Kinder- und Familienförderung in Form einer einkommensabhängigen Kindergrundsicherung, die ab der

Geburt automatisiert ausgezahlt wird. Die Kindergrundsicherung soll alle pauschalen Familienleistungen – zum Beispiel das Kindergeld, den Kinderzuschlag oder die Leistungen für Bildung und Teilhabe – bündeln. Sie wird mit steigendem Einkommen abgeschmolzen sowie einfach und unbürokratisch ausgezahlt. Wichtige Voraussetzung dafür ist die realistische Neuberechnung des kindlichen Existenzminimums.



Daseinsvorsorge für Kinder, Jugendliche und Familien flächendeckend sichern

Ein selbstbestimmtes Aufwachsen junger Menschen bedarf neben der finanziellen Absicherung auch eines armutspräventiven und chancengerechten Infrastrukturangebots im Lebensumfeld. Kinder und Jugendliche brauchen für ein möglichst selbstbestimmtes Leben eine individuell angepasste Förderung, unabhängig von den Gegebenheiten an ihrem Wohnort und ihrer (sozialen) Herkunft. Die Volkssolidarität fordert deshalb, insbesondere für ländliche und strukturschwache Regionen, eine gezielte Strategie von Bund und Ländern zum Ausbau und zur Schaffung kostenloser Mobilität, kinder- und

jugendgerechter Spielorte und Treffpunkte sowie entwicklungsrelevanter Freizeitangebote, die jungen Menschen ohne stigmatisierende Antragsverfahren kostenfrei zur Verfügung stehen. Dabei muss gewährleistet werden, dass Kinder und Jugendliche bei der Erstellung und Umsetzung einer solchen Strategie direkt beteiligt werden.

Die familiengerechte Daseinsvorsorge bezieht Angebote der Kindertagesbetreuung im Ganztags selbstverständlich mit ein. Hier muss der hohe Qualitätsanspruch (früh-)pädagogischer Arbeit im Sinne des Fachkräftegebotes sowie der notwendigen Rahmenbedingungen, wie beispielsweise der Sicherstellung ausreichend professionellen Personals, gewährleistet sein. Dafür braucht es zeitnah Gesetze, die eine unbefristete, dynamisierte und angemessene Finanzierungsbeteiligung des Bundes über 2022 hinaus sichern. Qualität und Beitragsfreiheit von Kindertagesbetreuung dürfen dabei keinesfalls gegeneinander ausgespielt werden.

Um dem Fachkräftemangel in der Kindertagesbetreuung entgegenzuwirken, fordert die Volkssolidarität, neben ausreichend

Ausbildungsstätten mit hohem Qualitätsanspruch, die bundesweite Initiierung, Stärkung und Verstärkung der praxisintegrierten Ausbildung. Dafür ist es dringend notwendig, die Qualität der Ausbildung durch ein verpflichtendes externes Qualitätsmanagement abzusichern, das Schulgeld für die Erzieher*innenausbildung umgehend abzuschaffen sowie eine angemessen hohe Ausbildungsvergütung für angehende Erzieher*innen einzuführen. Länder und Kommunen haben dabei die Aufgabe, den Trägern entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen, um die Attraktivität des Berufsfeldes durch konkrete Maßnahmen weiter zu erhöhen.

Einen wesentlichen Pfeiler sozialer Daseinsvorsorge bilden auch alle weiteren Angebote der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe. Die Volkssolidarität lehnt es strikt ab, dass sich die Finanzierung dieser Angebote auf kommunaler Ebene noch immer viel zu häufig an Statistiken, Vergleichen und Kennzahlen orientiert. Der Verband fordert eine verpflichtende Ausrichtung der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe an den tatsächlichen Bedingungen und direkten Prozessen vor Ort sowie

an den Gegebenheiten des Sozialraums der betroffenen Menschen. Zur Stärkung der kommunal gesteuerten, individuell regional angepassten Hilfen müssen Bund und Länder den Kommunen deshalb ausreichend Mittel zweckgebunden zur Verfügung stellen.



Gesundheit und Pflege solidarisch sichern

Die Volkssolidarität setzt sich dafür ein, dass alle Menschen unabhängig von Einkommen, Wohnort und Alter Zugang zu einer optimalen medizinischen Versorgung bekommen. Im Mittelpunkt für eine gute Gesundheitspolitik steht die Stärkung einer qualitativ hochwertigen, wohnortnahen und bedarfsgerechten Versorgung. Vor allem fordert die Volkssolidarität eine solidarische und gerechte Finanzierung von Gesundheit und Pflege. Bezogen auf die Pflegeversicherung müssen die Anteile von Sockelfinanzierung und Eigenbeitrag im Sinne eines Sockel-Spitzen-Tauschs vollzogen werden, um diese solidarisch und gerechter auch in ihrer Wirkung der Lastenverteilung zu gestalten. Die Volkssolidarität bekennt sich grundsätzlich zur Einführung einer Bürger*innenversicherung und zur Abschaffung des

unsolidarischen dualen Systems in der Kranken- und Pflegeversicherung. So würde die Soziale Pflegeversicherung spürbar entlastet und deren Mitgliedern ein niedriger Beitragssatz beziehungsweise eine Leistungsausweitung ermöglicht werden. Die Volkssolidarität spricht sich zudem dafür aus, dass alle Einkommensarten gleichermaßen für die Beitragsbemessung berücksichtigt werden. Ferner muss die Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau der Rentenversicherung angehoben werden. Für die Übergangszeit zu einer Bürger*innenversicherung regt die Volkssolidarität an, einen finanziellen Lastenausgleich zwischen privater und gesetzlicher Pflegeversicherung einzuführen.



Tarifvertrag in der Altenpflege

Der Volkssolidarität Bundesverband e.V. gehört zu den Gründungsmitgliedern der Bundesvereinigung Arbeitgeber in der Pflegebranche (BVAP). Der Verband ist ein Zusammenschluss von Pflegeanbietern und Wohlfahrtsverbänden. Ziel des Verbandes ist ein repräsentativer Tarifvertrag in der Altenpflege. Mit diesen tariflichen Regelungen sollen für alle Un-

ternehmen der Pflegebranche die gleichen Mindeststandards festgeschrieben werden. Nur bei einer Entlohnung, die den hohen Anforderungen in der Pflege im gleichen Maß gerecht wird, kann es gelingen, mehr Menschen zu begeistern, sich für einen Beruf in der Altenpflege zu entscheiden. Und dies ist dringender denn je: Die Zahl der Senior*innen steigt jährlich – seriösen Prognosen zufolge erwarten uns etwa eine Million mehr Pflegebedürftige in den kommenden zehn Jahren. Zugleich befürworten wir unter diesen Gesichtspunkten den Vorstoß der Politik, den Eigenanteil für die Pflege zu begrenzen und damit der Praktik, Altenpfleger*innen und Pflegebedürftige gegeneinander auszuspielen, ein Ende zu setzen.



Demokratie stärken – Engagement fördern

Die Volkssolidarität setzt sich für mehr Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte aller Menschen ein. Die Zivilgesellschaft ist eine zentrale Ressource für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für gesellschaftliche Entwicklungen. Um das gesellschaftlich wichtige, freiwillige Engagement jüngerer und älterer Menschen sowie die

Selbsthilfe nachhaltig zu stärken, wird es gerade im ländlichen Bereich notwendig sein, verlässliche Strukturen zu erhalten und neue zu schaffen. Immer mehr Menschen, vor allem Ältere, sind auf Orte der Begegnung angewiesen, die sozialer Isolation entgegenwirken. Dafür bedarf es auch kommunaler und regionaler Konzepte der refinanzierten Mobilitätsunterstützung im ländlichen Raum. Sozialräumliches Arbeiten braucht Ressourcen, um die Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten.

Die Bundesregierung muss in Zukunft freiwilliges und zivilgesellschaftliches Engagement stärker als bisher mit entsprechenden Förderprogrammen bezuschussen, um Länder und Kommunen in die Lage zu versetzen, dieser wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe nachzukommen.



Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit

Die Volkssolidarität fordert die Stärkung einer gemeinwohlorientierten und öffentlichen Wohnungsbewirtschaftung. Dafür müssen eine neue Wohnungsgemeinnützig-

keit eingeführt, jährlich mindestens 100.000 Sozialwohnungen mit dauerhafter Sozialbindung geschaffen, Kommunen in der Wohnungs- und Baupolitik gestärkt sowie gemeinwohlorientierte Wohnbauvorhaben gefördert werden. Der Verband setzt sich für den Schutz vor Wohnungslosigkeit, steigenden Mieten und Verdrängung ein und fordert zur Sicherung der Lebensqualität eine Infrastruktur im Wohnumfeld, die den Bedarfen aller Generationen gerecht wird.

IMPRESSUM

Herausgeber

Volkssolidarität Bundesverband e.V.
Alte Schönhauser Straße 16
10119 Berlin
Tel.: 030 278970
bundesverband@volkssolidaritaet.de
www.volkssolidaritaet.de
Stand: April 2021

Verbandspräsidentin

Susanna Karawanskij

Bundesgeschäftsführer

Alexander Lohse

Gestaltung

MARKOV&MARKOV GmbH



 **VLKSSOLIDARITÄT**